

Standort: Nächste Studie bescheinigt Österreich Reformstau

10.03.2015 | 06:16 | Wolfgang Tucek (Wirtschaftsblatt)

Österreich hat in der Krise bereits Wettbewerbsvorteile eingebüßt. Gibt es keine Reformen bei der Abgabenquote, dem Arbeitsmarkt und der Forschung, gehe es bergab, warnt eine neue Studie.

Wien/Brüssel. Führt Österreich weiterhin keine Reformen durch, dann droht es im EU-Vergleich wirtschaftlich bald ordentlich zurückzufallen. Diesen nicht ganz überraschenden Schluss zieht der IHS-Ökonom Klaus Weyerstraß in einer Kurzstudie, welche die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik am Montag vorgelegt hat.

Noch liegen die Österreicher beim Pro-Kopf-Einkommen gemessen an der Kaufkraft zwar hinter Luxemburg, den Niederlanden und Irland an vierter Stelle. Die Beschäftigungsquote ist mit 73,4 Prozent der 15- bis 64-Jährigen noch die fünftbeste in der EU, doch bei der arbeitsfähigen Bevölkerung von 55 bis 64 liegt das Land mit 48 Prozent nur auf dem 16. Platz von 28 EU-Staaten. Der EU-Schnitt sind 52 Prozent, in Deutschland 65 Prozent.

Die bisher niedrige Arbeitslosigkeit nimmt zu, das Wachstum stagniert. Um mehr ältere Menschen im Job zu halten, müssten daher Anreize zur Frühpensionierung gestrichen werden. Immerhin war die Wirtschaftsleistung im Vorjahr um rund drei Prozent höher als zu Beginn der Krise 2007. Spitzenreiter Polen hat im gleichen Zeitraum freilich um 20 Prozent zugelegt, so Ökonom Weyerstraß.

Und eingebüßt hat Österreich im Verlauf der Krise seinen Wettbewerbsvorteil gemessen am zentralen Indikator der Lohnstückkosten. Dieser setzt die Arbeitskosten zur Arbeitsproduktivität in Beziehung. Denn solange sich die Reallöhne im Einklang mit der Produktivität entwickeln, sind auch absolut gesehen hohe Arbeitskosten tragbar. Das zeigen die Beispiele Deutschland und Schweiz, die trotz hoher Lohnkosten auf den Weltmärkten erfolgreich sind.

Wettbewerbsvorteil weg

Doch in Österreich sind die Lohnstückkosten in den letzten Jahren weit stärker gestiegen und liegen bei rund 120 Prozent des Wertes von 2005 und damit etwa zehn Punkte über den genannten Nachbarländern. Auch Schweden, das vor 20 Jahren mit uns gemeinsam der EU beigetreten ist, liegt deutlich besser. Besonders problematisch sieht Weyerstraß diese Entwicklung im Vergleich zu Deutschland: Weil die deutsche Industrie vor allem im Automobilbereich ein wesentlicher Abnehmer österreichischer Exporte ist, bestehe die Gefahr, dass sie Vor- und Zwischenprodukte verstärkt selbst herstellt, wenn die Schere bei den Lohnstückkosten weiter aufgeht.

Ebenfalls pikant: Die hohen Lohnkosten in Österreich beruhen vor allem auf den hohen Staats- und Sozialabgaben, denn die reinen Löhne und Gehälter sind sogar niedriger als etwa in Deutschland. Die Abgabenquote auf den Faktor Arbeit müsste daher dringend gesenkt werden.

So dürfe die hohe Schuldenrate des Landes von mehr als 80 Prozent des BIPs nicht durch neue Steuern, sondern müsse über mehr Wachstum reduziert werden. Weil Österreich keine nennenswerten Rohstoffvorkommen und eine schrumpfende Bevölkerung habe, könne das Hochlohnland im globalen Wettbewerb nur über technologisch hochwertige und entsprechend hochpreisige Produkte reüssieren. Dafür müsse deutlich mehr in Forschung und Entwicklung investiert werden.

Mehr zum Thema: *Andritz stellt bei Steuererhöhung Standort Österreich in Frage*